



Dr. Edgar Franke

08. September 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

08. September 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Krankenhaustour während der parlamentarischen Sommerpause

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

ich habe in der Sommerpause im Rahmen meiner Krankenhaustour vor allen Dingen in Hessen verschiedene Einrichtungen besucht, um Anregungen, Anmerkungen, auch möglicherweise Kritikpunkte im Hinblick auf die geplante Krankenhausreform mit nach Berlin zu nehmen.



In dieser Haushaltswoche ging es in Berlin vor allen Dingen ums Geld. Die Einzelpläne der einzelnen Bereiche wurden während der Woche intensiv im Bundestag beraten und in den Haushaltsausschuss überwiesen.

Euer

Neues aus dem Bundestag

Bundeshaushalt 2024 – Investieren. Entlasten. Zusammenhalten

In dieser Woche haben wir in erster Lesung der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2024 beraten. Dieser Haushalt wird dann im November 2023 in 2./3. Lesung verabschiedet.

In den vergangenen drei Krisenjahren – also die Corona-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine - wurde mit hohen Ausgaben auf diese Krisen reagiert. Nun kehren wir im kommenden Haushaltsjahr zur „haushälterischen Normalzeiten“ zurück. Das macht die anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag herausfordernd wie seit langem nicht.

Für uns Sozialdemokraten gilt dabei: Investieren. Entlasten. Zusammenhalten. Nur durch Zukunftsinvestitionen und mit starker sozialer Sicherheit können wir die großen Zukunftsaufgaben schaffen.



Wir stehen für einen Mietenstopp; ein solidarisches, finanzierbares Gesundheitswesen; eine wettbewerbsfähige Industrie und sichere Arbeitsplätze. Wir zeigen deutlich, dass wir Verantwortung übernehmen.

Für die SPD ist klar: soziale, innere und äußere Sicherheit sind elementar und gehören zusammen. Sie sind nicht verhandelbar.

Der Haushaltsentwurf 2024 plant mit Ausgaben in Höhe von 445,7 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2019 ist dies ein Anstieg der Ausgaben um rund ein Viertel. Allerdings wird im Vergleich mit dem Haushaltsplan 2023 deutlich, dass die Ausgaben um 30 Milliarden Euro gesenkt werden. Durch die geplante Nettokreditaufnahme vom 16,6 Milliarden Euro bewegt sich der Haushaltsentwurf im von der Schuldengrenze vorgegebenen Rahmen.

Haushalt für das Gesundheitsministerium

Für Edgar Franke, als Parlamentarischer Staatssekretär ist der Haushalt für das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) von besonderer Bedeutung. Zum breiten Aufgabenspektrum des Ministeriums gehören u.a. die gesetzliche Krankversicherung, die soziale Pflegeversicherung, Prävention und Gesundheitsförderung, der Gesundheitsschutz sowie Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik.

Auch der Gesundheitsetat wird durch den vorliegenden Haushaltsentwurf deutlich reduziert. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Haushalt nicht mehr mit hohen Pandemiekosten belastet wird. Der Gesamtetat des BMG soll von 24,48 Milliarden Euro auf 16,22 Milliarden Euro sinken. Dies ergibt sich daraus, dass Zuweisungen und Zuschüsse um knapp 7,6 Milliarden Euro reduziert wurden und die Investitionen um knapp eine Milliarde Euro verringert wurden.

Der Zuschuss des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung wird im Jahr 2024 wieder auf die seit 2017 festgeschriebenen 14,5 Milliarden Euro sinken. Dieser Zuschuss soll sich auf die Posten für die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beschränken. Hierdurch sollen die Krankenkassen bei der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen teilweise entlastet werden.

Der ergänzende Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds in Höhe von zwei Milliarden Euro entfällt. Auch sind keine Zuschüsse mehr für die zentrale Beschaffung von Impfstoff vorgesehen.

Für die Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitswesens plant die Bundesregierung mit 126 Millionen Euro.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach räumte in der Debatte ein, dass sein Etat am stärksten schrumpfe und damit zur Konsolidierung des Bundeshaushalts beitrage. Dies sei gerechtfertigt, da die hohen Pandemiekosten nicht mehr anfielen. Lauterbach sprach von einem stabilisierenden Etat, machte aber zugleich deutlich, dass im Gesundheitssystem große Reformen unerlässlich seien.

Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG)

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 ein klimaneutrales Land zu sein. Mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) machen wir uns auf den Weg, in den nächsten 20 Jahren die Wärmeversorgung klimafreundlich umzustellen. In dieser Woche haben wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen.

Mit dem Gesetz regeln wir, dass neue Heizungen künftig zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. In Neubaugebieten gilt das ab 2024. Bei bestehenden Gebäuden greift die Vorgabe erst, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt.





Diese muss bis 2026 für große Städte und bis 2028 für kleinere Kommunen vorliegen und die jeweiligen Wärmeversorgungsgebiete ausweisen. Dann haben Hauseigentümer Klarheit darüber, welche Möglichkeiten für erneuerbares Heizen bestehen und ob beispielsweise der Anschluss an ein Wärmenetz möglich ist. Grundlage dafür ist das Wärmeplanungsgesetz, dass wir noch in diesem Jahr beschließen wollen, damit es zeitgleich mit dem GEG zum 1. Januar 2024 in Kraft treten kann.

Als Sozialdemokraten legen wir besonderen Wert darauf, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt zu verbinden.

Deshalb fördern wir den Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten. Um Mieterinnen und Mieter zu schützen, darf die Miete nach einem Heizungstausch um höchstens 50 Cent pro Quadratmeter erhöht werden.

In den Verhandlungen haben sich die Ampelfraktionen überdies auf ein Förderkonzept verständigt, das den bisherigen Regierungsentwurf weiterentwickelt und aufstockt. Das Konzept beinhaltet eine „Grundförderung“ von 30 Prozent für alle selbstnutzenden Eigentümer, Vermieterinnen und Vermieter, gemeinnützige Träger, Unternehmen und auch Kommunen. Hinzu kommt ein „Einkommensbonus“ von 30 Prozent zusätzlicher Förderung für selbstnutzende Eigentümer mit zu versteuernden Haushaltseinkommen von bis zu 40.000 Euro. Hiervon können rund 40 Prozent der selbstnutzenden Hauseigentümer profitieren.

Zusätzlich wird die frühzeitige Umrüstung besonders alter Heizungen durch ein „Klima-Geschwindigkeitsbonus“ in Höhe von 20 Prozent belohnt. Grundförderung und Boni sind miteinander kombinierbar bis zu einem maximalen Fördersatz von insgesamt 70 Prozent. Hinzu kommt die bereits bestehende Förderung von Effizienzmaßnahmen (wie beispielsweise Fenstertausch, Dämmung, Anlagentechnik). Über ein Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wird es die Möglichkeit geben, zinsverbilligte Darlehen mit Tilgungszuschüssen in Anspruch zu nehmen. Diese Kredite sollen möglichst allen Menschen offenstehen, die beispielsweise aufgrund von Alter oder Einkommen auf dem regulären Finanzmarkt keine Kredite erhalten würden. Der Bund stellt dafür die Übernahme des Ausfallrisikos sicher.

Krankenhaustour während der parlamentarischen Sommerpause

Im Rahmen seiner Krankenhaustour wirbt Edgar Franke für die Krankenhausreform und die Sicherung der Gesundheitsversorgung gerade im ländlichen Raum. Auch in der parlamentarischen Sommerpause war er in Thüringen und vor allem in Hessen unterwegs. Edgar Franke berichtet.

Im Rahmen meiner Krankenhaustour durch Deutschland ging es vor allem darum, welche Auswirkungen die geplante Krankenhausreform im Bund auf die Krankenhauslandschaft in Hessen und den jeweiligen Standort konkret hat. Dass den Krankenhäusern der wirtschaftliche Druck ein Stück weit durch die geplante ergänzende Einführung einer leistungsunabhängigen Vorhaltevergütung genommen werden soll, wird fast überall begrüßt. Die Gespräche gingen aber auch um Befürchtungen, ob die Kliniken zukünftig die Qualitätskriterien für die jeweiligen Leistungsgruppen erfüllen können.

Beim Besuch des St. Georg Klinikums in **Eisenach** war das zentrale Anliegen meiner Gesprächspartner die besondere Situation des Krankenhauses in Eisenach sowie in den neuen Bundesländern insgesamt. Ich bin froh, dass Bund und Länder in den Eckpunkten der Krankenhausreform ausdrücklich Bezug auf die neuen Bundesländer genommen haben. Schließlich fand in den 1990er Jahren dort bereits eine Strukturbereinigung statt.



Bild von links:
Aufsichtsratsvorsitzender Lars Bagemihl, Geschäftsführer Thomas Breidenbach, Oberbürgermeisterin Katja Wolf (Die Linke), Ärztlicher Direktor Prof. Dr. Heiko Wunderlich, Edgar Franke und der örtlichen Bundestagsabgeordneten Tina Rudolph (SPD).

Besuch des kommunalen Klinikums in **Hanau** auf Einladung meines MdB-Kollegen Lennard Oehl und der Landtagskandidatin Jutta Straub. Wir haben mit Geschäftsführer Volkmар Bölke und der ärztlichen und der Pflegeleitung sowie mit Bürgermeister Dr. Maximilian Bieri die aktuellen Fragen der Finanzierung der einzelnen kommunalen Krankenhausleistungen besprochen.

Auch war im Zentrum der Diskussion, wie die Liquidität des Hauses bis zum Wirksamwerden der geplanten Krankenhausstrukturreform, die Krankenhäuser durch Einführung einer Grund- bzw. Vorhaltevergütung den ökonomischen Druck nehmen soll, realisiert werden kann.



Im Bild von links:
Landtags-
kandidatin Jutta
Straub, MdB
Lennard Oehl,
Bürgermeister Dr.
Maximilian Bieri,
Edgar Franke und
Geschäftsführer
Volkmар Bölke.

Besuch mit meiner Landtagskollegin, Dr. Daniela Sommer, im Hospital zum Heiligen Geist in **Fritzlar**. Im Jahr 1147 wurde der Vorläufer der jetzigen Stiftung mit dem Ziel gelebter, christlicher Caritas gegenüber Kranken, Fremden und Armen gegründet. Die Stiftung Hospital zum Heiligen Geist und ihre Einrichtungen setzen mit modernen Behandlungs- und Betreuungskonzepten, verbunden mit menschlicher Zuwendung und Tradition, ein Zeichen. Zudem bereitet sich das Klinikum gut auf die Ambulantisierung und eine verbesserte sektorenübergreifende Versorgung vor, sodass inkl. des ansässigen MVZs und des ÄBD eine Rundum-Versorgung aus einer Hand in allen Lebensphasen gewährleistet werden kann.



Bild von links: Klinikum-Geschäftsführer Dominik Zeiger und Dr. Carsten Bismarck, Stiftungsgeschäftsführerin Barbara Robert, Dr. Daniela Sommer, Pflegedienstleitung Tanja Adamowsky, Ärztlicher Direktor Dr. Horst Brünner und Kuratoriumsvorsitzender Karl-Otto Winter.

Die Lungenfachklinik **Immenhausen** betreut als pneumologisches Spitzenzentrum jährlich über 4.000 stationäre und 8.000 ambulante Patientinnen und Patienten. Schwerpunkte des überregionalen Zentrums für Pneumologie mit 107 Betten sind die Diagnostik pulmonaler Erkrankungen, die thorakale Onkologie, das Weaningzentrum und das Zentrum für pulmonale Hypertonie.

Die überregionale Bedeutung der Klinik als Zentrum für Pneumologie in Nordhessen wird sichtbar und nachhaltig durch den vom Land Hessen unterstützten 80-Betten-Neubau unterstrichen. Eine solche Fachklinik, die zudem auch bei der Qualitätssicherung überdurchschnittlich abschneidet, ist für eine qualitativ hochwertige Versorgung in Nordhessen notwendig.

Die Fachklinik gehört zu den wenigen kleineren Krankenhäusern Deutschlands, die selbstständig arbeiten und keinem Verbund oder Konzern angehören.

Gute Fachkliniken, die sich spezialisiert haben, werden auch in einem modernen Krankenhauskonzept Berücksichtigung finden.

Landtagsabgeordneter Oliver Uloth und meine Kollegin, MdB Esther Dilcher hatten mich zu einem Gespräch eingeladen.



Bild von links: MdL Oliver Uloth, MdB Esther Dilcher, Geschäftsführer Björn Böhling, Chefarzt Prof. Dr. Stefan Andreas, Edgar Franke, Vorsitzende der Philippstiftung Dr. Martina Münch und die stellvertretende Geschäftsführerin Sabrina Euler.

Besuch der Kreisklinik **Groß-Gerau**. Sie ist ein intersektorales Versorgungszentrum mit vier Fachabteilungen.

Konstruktiver Dialog mit Landrat Thomas Will, Geschäftsführerin Erika Raab, der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens sowie der örtlichen Abgeordneten Melanie Wegling und dem internistischen Leiter der Notaufnahme, Ali Najjar über die Frage, wie man Versorgung an der Schnittstelle zwischen stationärer und ambulanter Versorgung organisieren kann.



Bild von links:

MdB Melanie Wegling, Edgar Franke, gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens, Landrat Thomas Will, Geschäftsführerin Erika Raab und der internistische Leiter der Notaufnahme Ali Najjar.

Noch am gleichen Tag erfolgte der Besuch des Kinderklinikums Prinzessin Margret in **Darmstadt**.

Erste Reformschritte im Hinblick auf eine verbesserte bedarfsgerechte Versorgung sind hier bereits umgesetzt worden. Für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen wird ein Erlösvolumen auf Grundlage des Jahres 2019 garantiert sowie zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro bereitgestellt. Hiermit wird der wirtschaftliche Druck in der Kinder- und Jugendmedizin wesentlich gemindert. In der geplanten Krankenhausreform wird auch ein besonderer Fokus auf die Kinder- und Jugendmedizin gelegt.



Bild von links: MdB Andreas Larem, Edgar Franke, Landtagskandidatin Anne Marquardt, ärztlicher Direktor Dr. Sebastian Becker und MdL Bijan Kaffenberger.

30.08.23

Besuch der Main-Kinzig-Kliniken in **Gelnhausen**: Mit dem Landrat des Main-Kinzig-Kreises, Thorsten Stolz, hatte ich mich schon bei einer Landkreistagsitzung zur Krankenhausversorgung und bei meinem Besuch im Hochtaunuskreis bei der Sozialdezernentin Kartrin Hechler zu Fragen einer modernen bedarfsorientierten Krankenhausversorgung intensiv ausgetauscht. Insofern haben sich die offenen und

konstruktive Gespräche vor Ort an diesen Dialog angeschlossen, zumal ich den Geschäftsführer, Herrn Bartsch schon sehr lange von seiner Tätigkeit in der Hessischen Krankenhausgesellschaft kenne.

Im Fokus stand die Frage, wie in der Übergangsphase, bis die Strukturreform wirkt, die Liquidität der Krankenhäuser gesichert werden kann. Gegenstand der Gespräche war auch, welche Abteilungen nach einer Reform u. U. der Zuschläge bedürfen. Ich habe ausdrücklich betont, dass die Länder auch ihrer Verantwortung gerecht werden müssen. Sie können nicht nur planen, sondern müssen insbesondere für eine auskömmliche Investitionsfinanzierung in Zukunft auch tatsächlich sorgen.



Bild von links:

Ärztlicher Direktor Prof. Dr. Dirk Meininger, Geschäftsführer Dieter Bartsch, Edgar Franke, MdB Bettina Müller, Pflegedirektor Samuel Palitzsch und Landrat Thorsten Stolz.

Und gleich kam es auf Einladung der Landtagskandidatin Birgit Kömpel zum Besuch des Klinikums in **Fulda**. Birgit Kömpel betonte, dass die Klinikleitung mit mir als Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit, mit einem Verantwortlichen über die Krankenhausreform sprechen kann: „Mit ihm haben wir jemanden in der Bundesregierung, der den Verantwortlichen aus der Praxis zuhört und die Anregungen mit nach Berlin nimmt.“

Wir waren uns alle einig, dass unsere Krankenhäuser eine bessere finanzielle Ausstattung brauchen, um die Zukunftsaufgaben zu bewältigen.



Hier ist insbesondere das Land Hessen gefragt, welches in der Vergangenheit nur unzureichend die Krankenhäuser für Investitionen finanziell ausgestattet hat.

Vom Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld und dem Leitungsteam des Krankenhauses von den ärztlichen und pflegerischen Direktoren bis hin zum Betriebsrat und dem Aufsichtsrat wurde die Notwendigkeit der ergänzenden Einführung einer leistungsunabhängigen Vorhaltevergütung geteilt. Jedoch wurde gefordert, dass Land und Bund gemeinsam in Zukunft Liquidität herstellen müssten, weil sonst die Finanzierung von Häusern der Grund- und Regelversorgung an Grenzen stoße.



Bild: Links neben Edgar Franke die Landtagskandidatin Birgit Kömpel und der Landtagskandidat Szymon Mazur. Rechts neben Edgar Franke Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld und der administrative Vorstand des Krankenhauses des Klinikums Burkhard Bingel. Alle umrahmt von den ärztlichen und pflegerischen Direktoren sowie Vertretern des Betriebsrats und des Aufsichtsrats.

Mit Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach werde ich am 02.10.23 das Uniklinikum Marburg Gießen besuchen. Hier wollen wir uns vor allem die Post-Covid Spezialklinik in **Marburg** anschauen.



Aus Wahlkreis und Heimatregion



Veranstaltung mit dem engagierten Landtagskandidaten Martin Herbold in Schwalmstadt

Mit der Veranstaltung zum Thema „Gesundheitsversorgung bei uns auf dem Land“ sprach der Kandidat für die Landtagswahl im Wahlkreis Schwalm-Eder II (Wahlkreis 8), Dr. Martin Herbold mit Dr. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister und MdB.

Zwei Stunden diskutierten beide. Viele Fragen kamen aus dem Publikum. Es waren sich alle Teilnehmer einig, wir brauchen eine gute medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum mit einer regionalen Krankenhausplanung und ausreichend medizinischem Personal. Hierbei muss die Versorgung bedarfsgerecht, chancengleich und unabhängig von Wohnort, Alter und Versicherungsstatus sein!

Sommerfest der SPD-Waldeck-Frankenberg auf der Jugendburg Hessenstein mit Ehrung für langjährige Mitglieder für ihr Engagement



Unter den Geehrten war auch Reinhard Kahl, der 35 Jahre im Kreistag, davon 25 Jahre als Fraktionsvorsitzender und sage und schreibe 30 Jahre Mitglied des hessischen Landtags war.



Bilder der Woche

Beim **Berliner Abend der deutschen Feuerwehren**.



Bild oben: Mit dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes Karl-Heinz Banse und dem Vizepräsidenten **Dr. Christoph Weltecke** (Bildmitte).

Bild links: Mit meinem Freund **Werner Bähr**, dem früheren Kreisbrandinspektor des Schwalm-Eder-Kreises.



Mit meinem Landesgruppenkollegen treffe ich zuvor im Paul-Löbe-Haus die Mitglieder des Feuerwehrverbandes.



Klausur der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD- Bundestagsfraktion

Viele große Vorhaben im Gesundheitswesen stehen uns bevor: Krankenhausreform, Reform der Gesetzlichen Krankenversicherungen, Cannabisreform, Digitalisierungsreform und vieles mehr. Gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister



Karl Lauterbach haben wir über die künftigen Vorhaben debattiert und uns für die zweite Hälfte der Wahlperiode bereit gemacht.

Sommerfest der Seeheimer

Ein wunderschöner Abend. Im Bild mit dem Geschäftsführer **Martin Heßelbarth** in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Photothek, Seite 4 Image by [rj](#) from [Pixabay](#). Alle weiteren Bilder von Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.